

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung

**zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes
zur Neufassung des Bundesumzugskostengesetzes und zur Änderung
sonstiger umzugskostenrechtlicher und reisekostenrechtlicher Vorschriften
— Drucksachen 11/6829, 11/8138 —**

und

**zu dem von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP eingebrachten Entwurf
eines Gesetzes zur Verbesserung der personellen Struktur in Bereichen der
Bundesverwaltung, die durch die Einrichtung des Europäischen Binnenmarktes
und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten besonders betroffen sind
— Drucksachen 11/7782, 11/8138 —**

**Bericht der Abgeordneten Deres, Kühbacher, Frau Seiler-Albring und
Kleinert (Marburg)**

Mit den Gesetzentwürfen ist beabsichtigt, das Umzugskostenrecht des Bundes teilweise neu zu gestalten sowie die personelle Struktur in der Bundeszollverwaltung im Hinblick auf die Vollendung des europäischen Binnenmarktes und der Vereinigung Deutschlands zu verbessern. Die umzugskostenrechtlichen Regelungen sehen insbesondere die Festsetzung von Pauschalbeträgen im Inlandsbereich, die Anhebung der Pauschvergütung für sonstige Umzugsauslagen sowie die verbesserte Berücksichtigung der Belange von Bediensteten mit Familien vor. Zur Verbesserung der personellen Struktur in der Bundeszollverwaltung wird eine zeitlich begrenzte Vorruhestandsregelung geschaffen.

Der federführende Innenausschuß hat die Gesetzentwürfe zusammengeführt und um dienst- und personalvertretungsrechtliche Regelungen ergänzt. Neben dem Wegfall der Zulage für die bis zur Vereinigung Deutschlands bestehende Ständige Vertretung werden insbesondere Verbesserungen im Bereich der Stellenzulage für flugtechnisches Personal vorgeschlagen.

Auf der Grundlage der Beschlußempfehlung des federführenden Innenausschusses wirken die Gesetzentwürfe auf den Haushalt des Bundes im nachfolgend dargestellten Umfang ein:

	1990	1991	1992	1993	1994
	— Mio. DM —				
a) Änderung umzugskostenrechtlicher und reisekostenrechtlicher Vorschriften (dv. militärisches Personal der Bundeswehr)	32,65 (24,05)	65,3 (48,6)	65,3 (48,6)	65,3 (48,6)	65,3 (48,6)
b) Änderung des Bundesbeamtengesetzes	0,34	0,68	0,75	0,82	0,9
c) Änderungen des Bundesbesoldungsgesetzes	5,2	10,2	10,8	11,4	12,0
d) Vorruhestandsregelung in der Bundeszollverwaltung — Einsparungen von Personal- und Sachausgaben (Einzelplan 08)	—122,55	—127,39	—127,01	—120,05	—118,24
— Mehrausgaben für die Versorgung der Beamten (Einzelplan 33)	63,24	65,65	65,35	61,61	60,51
	— 21,12	14,44	15,10	19,08	20,47

Anmerkung:

Die Berechnung berücksichtigt wegen des Fehlens entsprechender Angaben nicht die Entwicklung im Gebiet der ehemaligen DDR.

Die Mehrausgaben des laufenden Haushaltsjahres sind, soweit sie Änderungen umzugs- und reisekostenrechtlicher Vorschriften für das militärische Personal der Bundeswehr betreffen, bei Kapitel 14 02 Titel 971 01 veranschlagt. Im übrigen sind die Mehraufwendungen zu erwirtschaften. Für 1991 sind die haushaltsmäßigen Auswirkungen im Entwurf des Bundeshaushalts 1991 zu berücksichtigen. Für die Folgejahre ist die Finanzplanung des Bundes entsprechend fortzuschreiben.

Die öffentlichen Finanzen der Bundesländer und Gemeinden werden durch den Gesetzentwurf nicht berührt.

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Innenausschuß vorgelegten Beschlußempfehlung.

Bonn, den 10. Oktober 1990

Der Haushaltsausschuß

Walther	Deres	Kühbacher	Frau Seiler-Albring	Kleinert (Marburg)
Vorsitzender	Berichterstatter			